

Die Umsetzung der EG-DLR in M-V



Vortrag von

Herrn Staatssekretär Dr. Rudolph,
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

**Stärkung der Wirtschaft in MV durch unternehmensfreundliches
Verwaltungshandeln**

Güstrow, 18. November 2009

Mecklenburg- Vorpommern 2008:

Wirtschaftsleistung insgesamt

35,9 Mrd. Euro

davon von der Richtlinie erfasste Wirtschaftszweige

15 Mrd. Euro (42%)

Erwerbstätige insgesamt

732.100

Davon von der Richtlinie erfasste Wirtschaftszweige

349.000 (48%)

Ausbildungssektor:

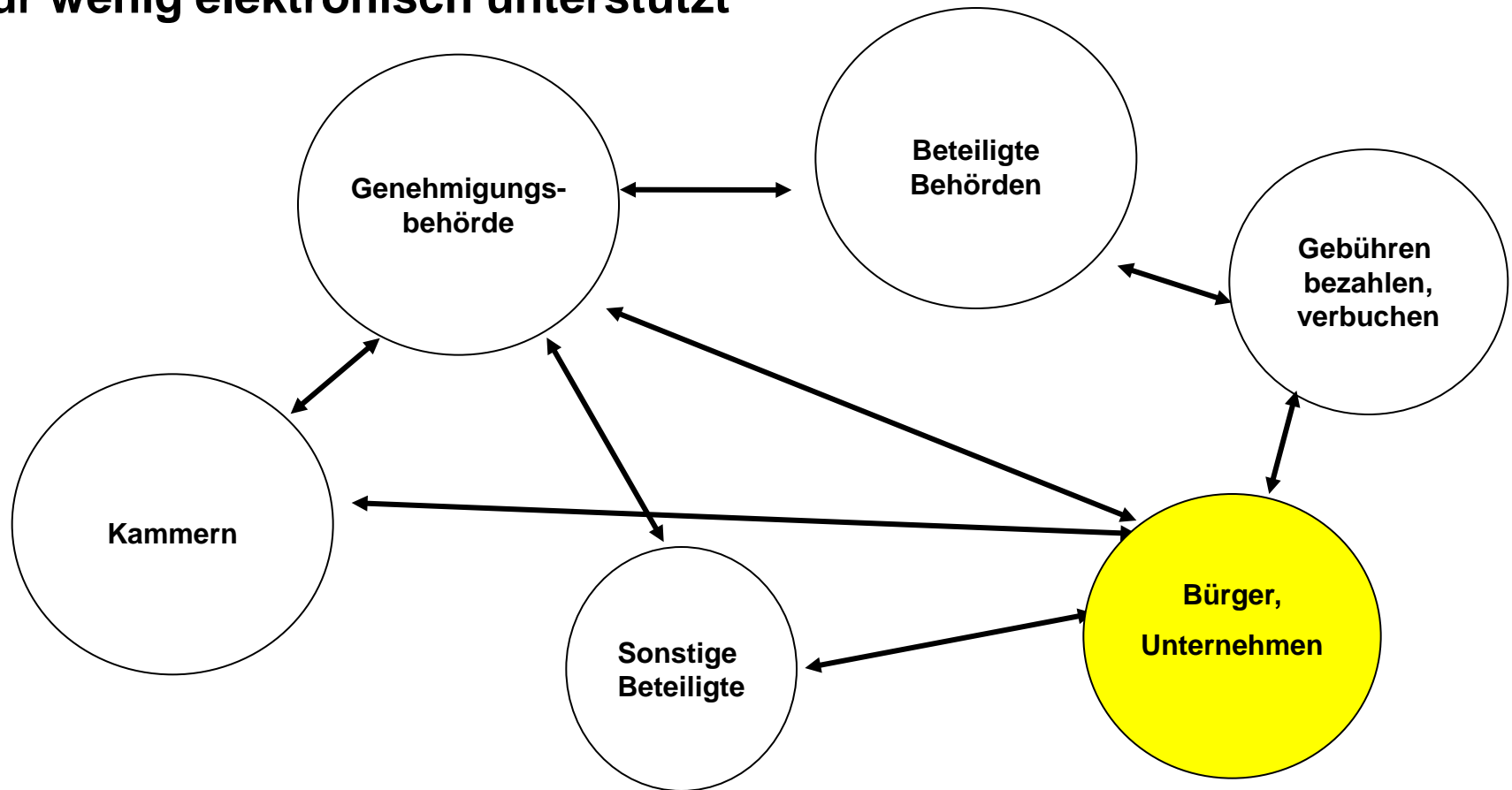
insgesamt 39.374 Ausbildungsverträge

davon in von der Richtlinie erfassten Wirtschaftszweigen:

19. 645 (50%), davon Frauen: 13.284 (68%)

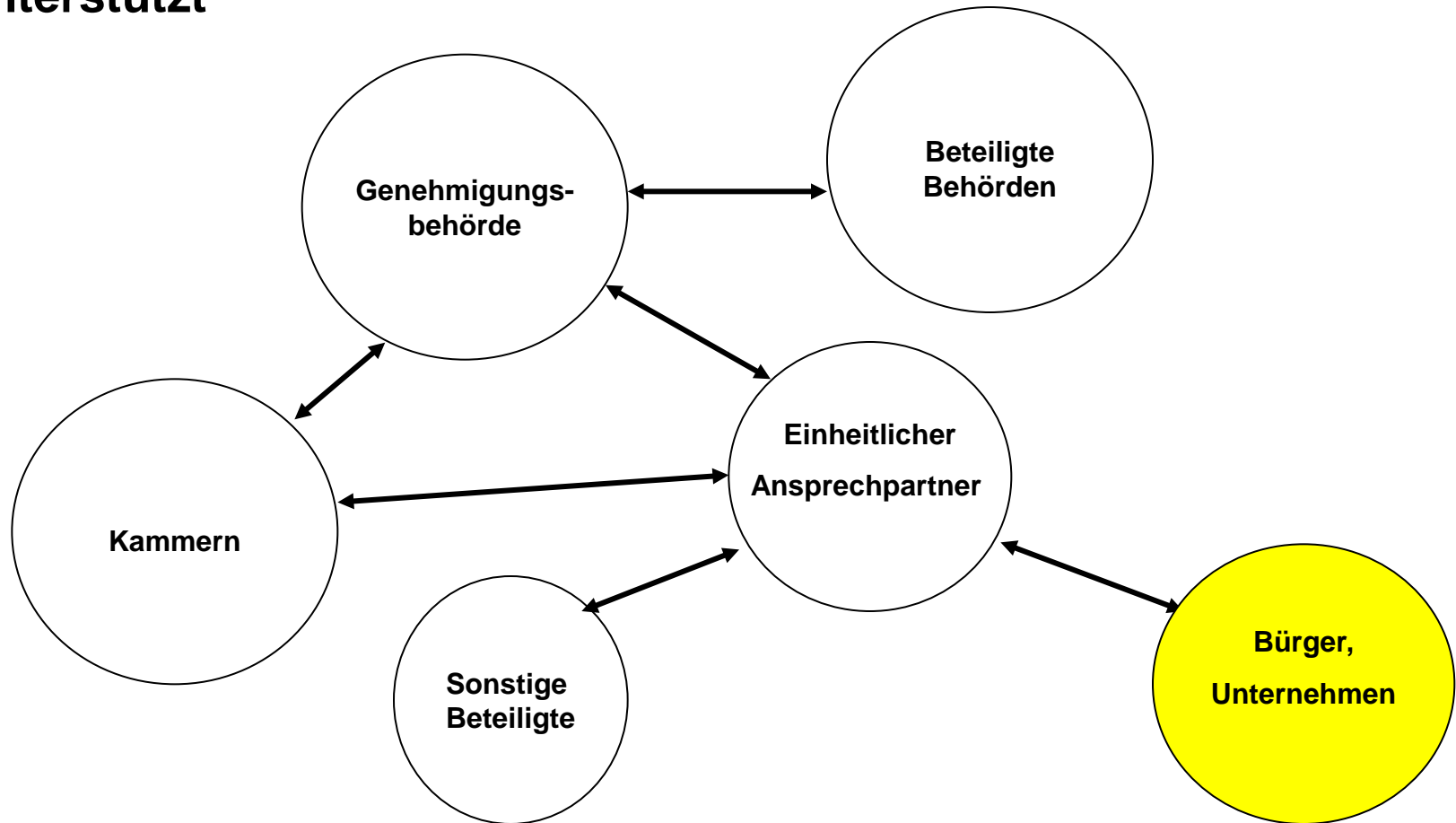
- 1. Die EU als wettbewerbsfähigster und dynamischster wissensbasierter Wirtschaftsraum der Welt (bis 2010)**
- 2. Ausrichtung der Marktstrukturen innerhalb der Gemeinschaft auf den globalen Wettbewerb**
- 3. Abbau von Hindernissen für die Niederlassungsfreiheit und den freien Dienstleistungsverkehr durch einfachere und schnellere Verfahren**
- 4. Stichtag für die Umsetzung: 28.12.2009**

Übergreifende Verwaltungs- bzw. Prozessabläufe wurden bisher nur wenig elektronisch unterstützt



Probleme: Medienbrüche, manuelle Wege, Mehrfacherfassung ...

Verwaltungs- bzw. Prozessabläufe elektronisch oder physisch unterstützt



...

1. Definition der Richtlinie:

in selbständiger Tätigkeit und regelmäßig gegen Entgelt erbrachte Leistungen

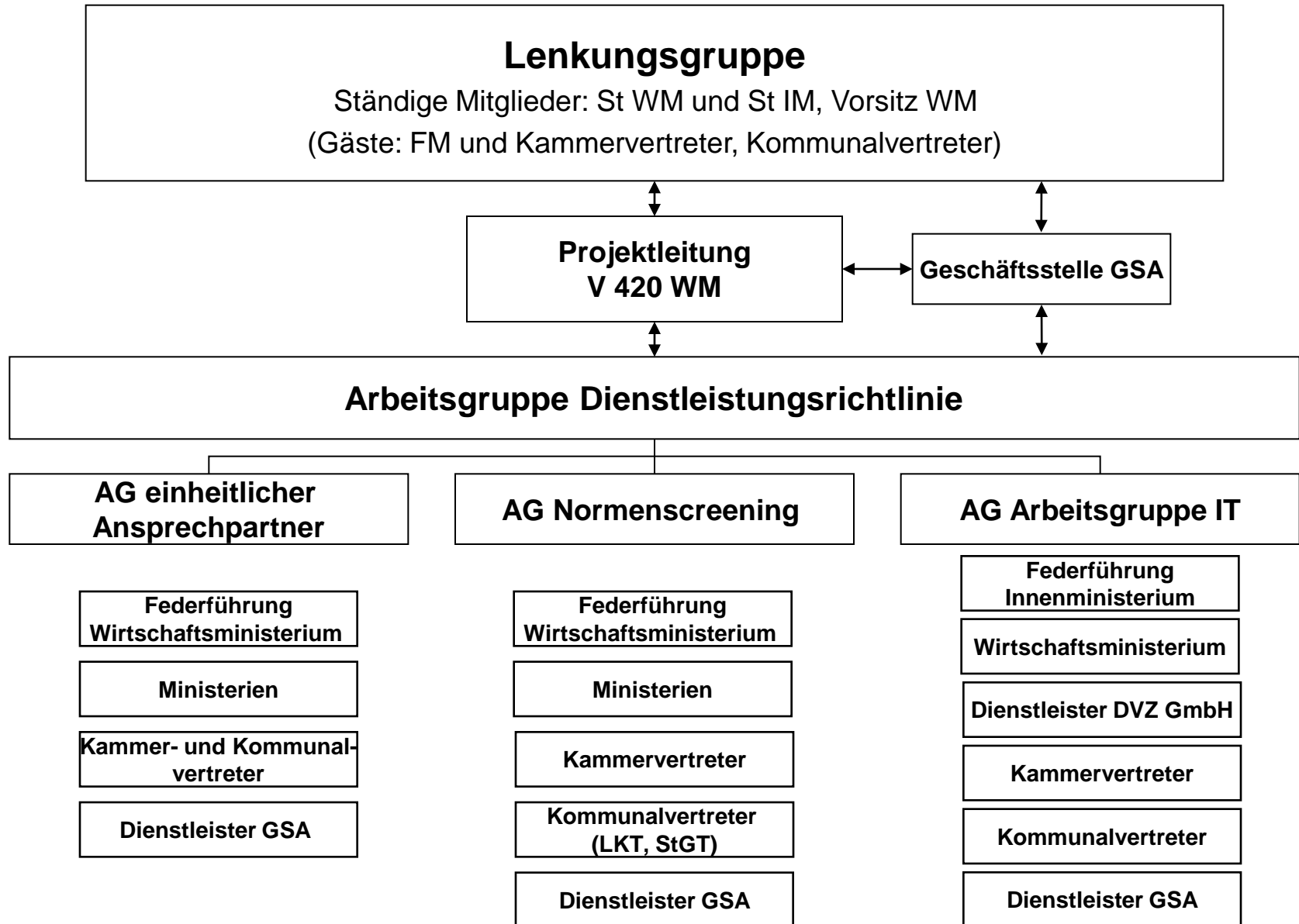
2. Weiter Begriff:

alles, was nicht ausgeschlossen ist, ist Dienstleistung

3. Ausgeschlossen sind

- **Finanzdienstleistungen**
- **Verkehrsdienstleistungen**
- **Gesundheitsdienstleistungen**
- **Private Sicherheitsdienste**
- **Glücksspiele, etc. (Artikel 2 Absatz 2 EG-DLR)**

Die Umsetzung in Mecklenburg-Vorpommern: Projektorganisation



Verfahrensregelung zum Einheitlicher Ansprechpartner im Verwaltungsverfahrensgesetz

(Vergleiche Regelungen im Bundesrecht:)

- § 42 a Genehmigungsfiktion**
 - § 41 Abs 2 S. 1 Zustellungsfiktion bei elektronischer Übermittlung in das Ausland**
 - §§ 71 a bis e Verfahren über eine einheitliche Stelle**
- Verabschiedung landesgesetzlicher Regelung: 18.11.2009**

Einheitlicher Ansprechpartner: Wer wird es?

Bestimmung der Verortungsmöglichkeiten auf Bund-Länder-Ebene:

- Landesbehörde, Mittelbehörde, Kommunen
- Kammern (Allkammer- oder Wirtschaftskammermodell)
- Kooperationsmodell, Anstaltsmodell

Schaffung bundesrechtlicher Grundlagen für Kammermodelle

föderalismustypisch: 16 unterschiedliche Ergebnisse

insgesamt in DE: 150 bis 300 Einheitliche Ansprechpartner

**in MV nach Beteiligungsverfahren und Kabinettsbeschluss vom
13.01.2009: Wirtschaftskammermodell**

Normenprüfung

über 200 Institutionen

über 8000 Vorschriften

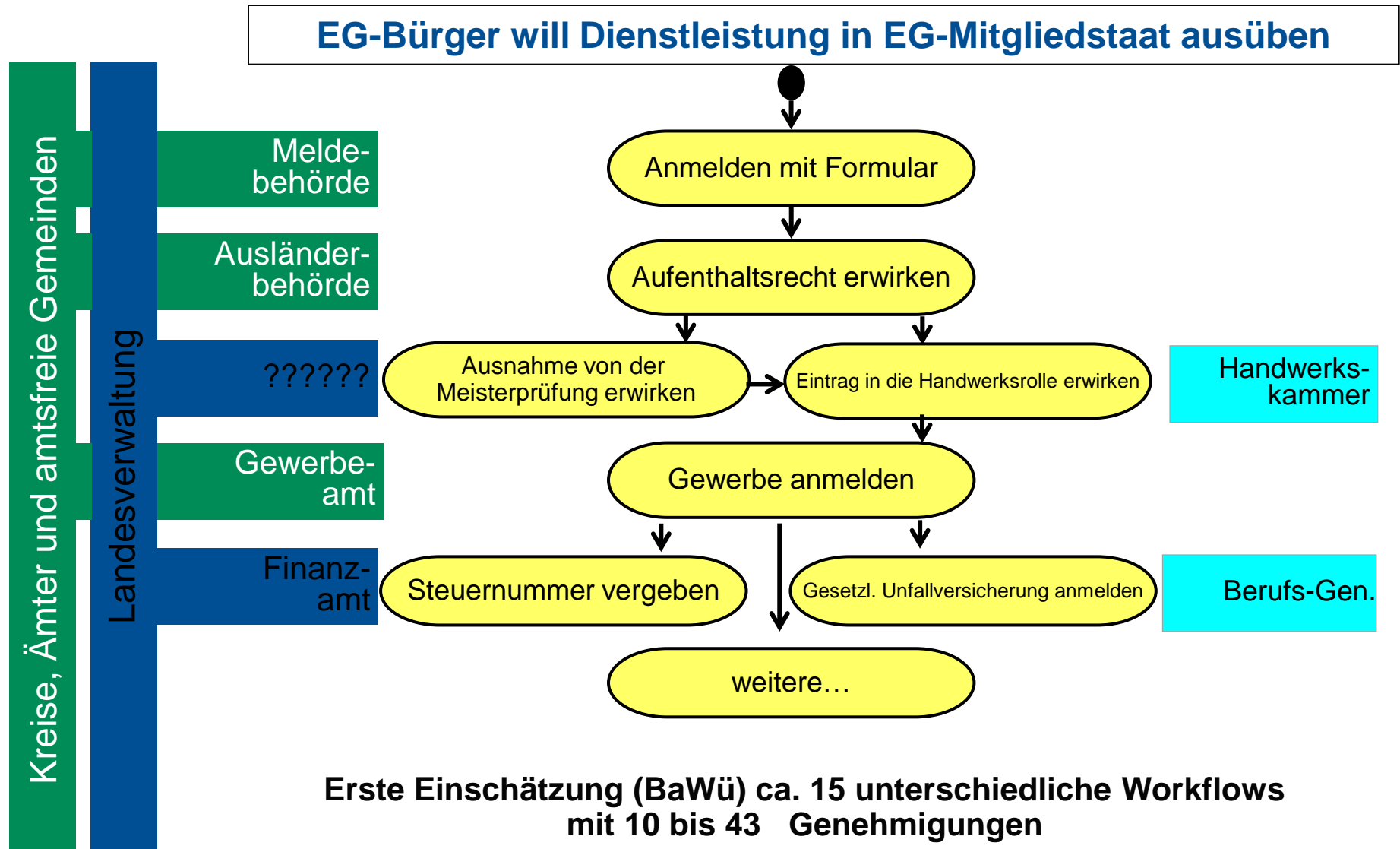
erster Prüfdurchgang über 100 Vorschriften mit Anpassungsbedarf

über 150 Vorschriften mit Berichtspflicht

**weitere Schritte: Anpassungen im zweiten Durchgang prüfen oder
Notifizierungsverfahren nach Art. 44 Abs. 1 und 2 EG-DLR**

**gegenseitige Evaluierung der Ergebnisse unter 27 Mitgliedsstaaten
und Bericht Ende 2010**

Ein Beispiel für die Beteiligungen im Antragsprozess



Bereich Organisation

Die Umsetzung der EG-DLR drängt die öffentliche Verwaltung

- zu einer verstärkten Prozessorientierung
- zur organisationsübergreifender Kooperation
- in Produkten zu denken
- Prozesse zu optimieren (Genehmigungsfiktion)
- Prozesse zu überwachen
- zu neuen Betreibermodellen (Shared Service Centern)



Die Umsetzung der EU-DLR kann die Erneuerung organisatorischer Strukturen beschleunigen.

Bereich Recht

Die Umsetzung der EU-DLR drängt die öffentliche Verwaltung

- zu einer systematischen Analyse bestehender Rechtsnormen bezüglich ihrer Anwendbarkeit in einer vernetzten Verwaltung (Normenscreening)
- zur Anpassung entgegenstehender Rechtsnormen
- zur Überwachung der korrekten Rechtsanwendung (Compliance)
- zu einer Diskussion über ungeklärte rechtliche Sachverhalte einer vernetzten Verwaltung (Datenschutz, europaweite elektronische Signatur, etc.)



Die Umsetzung der EU-DLR sorgt für eine Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen an die Anforderungen einer modernen und vernetzten Verwaltung.

Bereich IT

Die Umsetzung der EU-DLR drängt die öffentliche Verwaltung

- zu einer Vernetzung Einheitlicher Ansprechpartner und Zuständigen Stellen
- zur Integration bestehender Fachverfahren
- zur Etablierung, Ausbau und Nutzung offener Standards u. Schnittstellen
- zur Einführung neuer Lösungen zur organisationsübergreifenden Kooperation
- zur Schaffung einer flexiblen, skalierbaren Gesamtarchitektur



Die Umsetzung der EU-DLR beschleunigt die Modernisierung der E-Government-Infrastruktur und führt zu serviceorientierten Architekturen.

Ansätze von E-Government

- **Mit E-Government gestaltet die öffentliche Verwaltung ihre organisationsübergreifenden Prozesse zum Bürger, zur Wirtschaft und zu den weiteren Verwaltungspartnern.**
- **Ziel ist die Vereinfachung und Straffung von Prozessen zur Information, Kommunikation und Transaktion mit den beteiligten Stellen.**

Visionen von E-Government sind Forderungen der EG-DLR

- **Genehmigungsbeantragung von zu Hause bzw. von der Firma aus bei nur einer Stelle.**
- **Statt Postlaufzeiten und Medienbrüche eine durchgängige elektronische Verfahrensabwicklung erreichen.**
- **Ein einheitlicher Ansprechpartner an Stelle tradierter Zuständigkeitsstrukturen.**

- ✓ für **Online-Zugang und Webangebot**
 - das **Content-Management-System** des Landes
 - die **integrierte Portaltechnologie**
- ✓ für **Zuständigkeitsfindung, Wissensmanagement**
 - das **Dienstleistungsportal** des Landes M-V
 - **integriert in die Portalplattform** des Landes
- ✓ für **die sichere Kommunikation**
 - die **Virtuelle Poststelle** des Landes
- ✓ für **die elektronische Prozessabwicklung**
 - die **Geschäftsprozess managementplattform** des Landes
 - das **Formularmanagementsystem**
- ✓ für **die medienbruchfreie Sachbearbeitung**
 - **zentrales gemeinsames Fachverfahren** für EA und ZS mit **Antragsassistent** und **Fallmanagement**

*Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!*